

T-1

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand (beschlossen am: 05.02.2019)

Titel: Antrag zur Tagesordnung

Antragstext

1 *Beginn: 17:00 Uhr*

2 **TOP 1** Eröffnung, Festsetzung der Tagesordnung und Formalia

3 **TOP 2** Nach der Kohle kommt die Zukunft – den Strukturwandel erfolgreich
4 gestalten; zu Gast: Reiner Priggen, Mitglied Kohlekommission

5 **TOP 3** Zukunft wird GRÜN geschrieben –Kommunalwahl 2019

6 **TOP 4** Wir stärken Europa – Europawahl 2019

7 **TOP 5** Anträge

8 **TOP 6** Anträge zur Änderung der Finanzordnung

9 **TOP 7** Verschiedenes

10 *Ende: ca. 20:00 Uhr*

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand, Claudia Dalbert (SV Halle (Saale)), Conny Lüddemann (KV Dessau-Roßlau), Landesfachgruppe Energie (beschlossen am: 19.02.2019)

Titel: **Kohleausstieg beschleunigen – echten Strukturwandel auf den Weg bringen**

Antragstext

1 Die Empfehlungen der „Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“
2 liegen auf dem Tisch und es muss festgehalten werden: Wir haben größten Respekt
3 vor der Leistung der in der Kommission beteiligten Umweltverbände und Aktiven.
4 Der nach schwierigen Verhandlungen erzielte Kompromiss ist der längst
5 überfällige Einstieg in den Kohleausstieg. Das wäre ohne die breite
6 Klimabewegung so nicht möglich gewesen.

7 Trotz des Erfolgs ist klar: Deutschland wird mit diesem Minimalkompromiss die
8 Pariser Klimaziele nicht einhalten können. Die im Abschlussbericht
9 festgeschriebenen Überprüfungspunkte (Revisionsklauseln) in den 2020er Jahren
10 müssen politisch genutzt werden, um sicherzustellen, dass die völkerrechtlich
11 verbindlichen Pariser Klimabeschlüsse erreicht werden. Außerdem sollten sie zum
12 Anlass genommen werden, um zu prüfen, welche CO₂-Einsparungen andere
13 Wirtschaftszweige haben erreichen können und in welchen noch mehr zu erreichen
14 ist. Der eingeschlagene Weg muss nach den Revisionssterminen jeweils weiter
15 beschleunigt werden. Über den Kohlekompromiss hinaus sind konkrete Maßnahmen zur
16 CO₂-Minderung im Verkehr, im Gebäudebereich, in Wirtschaft und Industrie sowie
17 in der Landwirtschaft unverzichtbar. Das Enddatum 2038 und die Festlegung auf
18 „frühestens 2035“ ist zu spät, um die Pariser Klimaziele zu erreichen, dies gilt
19 insbesondere auch für Sachsen-Anhalt.

20 **Kontroverse Abstimmung:**

21 **Satz A-1:** „Es braucht einen deutschlandweiten Kohleausstieg bis 2030.“

22 **gegen**

23 **Satz A-2:** „Deshalb setzen wir Grünen auf die verankerte Revisionsklausel, damit
24 in den Jahren 2023, 2026 und 2029 nachgeschärft und der Kohleausstieg
25 beschleunigt werden kann.“

26 **Dafür kämpfen wir!**

27 Die WSB wurde von der Bundesregierung nur eingesetzt, weil Deutschland seine
28 Klimaziele 2030 krachend verfehlen wird. Kohle ist hierfür ein wichtiges Symbol.
29 Aber wir stellen uns gesamt-politisch klüger auf, wenn wir das Thema Klimaziele
30 breiter aufstellen. Es geht darum unser aller Existenzgrundlagen zu sichern, um
31 nichts weniger. Zur CO2-Minderung müssen z.B. auch der Verkehrssektor, der
32 Gebäudebereich, Wirtschaft sowie Landwirtschaft, Forst und Ernährung sehr viel
33 beitragen. Wir müssen die Revisionstermine dafür nutzen, zu prüfen, welche CO2-
34 Einsparungen insgesamt erreicht werden konnten und in welchen noch mehr zu
35 erreichen ist. Dafür ist auch weiterhin der Druck der Zivilgesellschaft und der
36 progressiven politischen Kräfte nötig. Im Mitteldeutschen Revier muss gelten,
37 dass Dörfer erhalten bleiben, statt der Kohle zu weichen und keine neuen
38 Tagebaue erschlossen werden.

39 Die Renaturisierungskosten müssen von den Unternehmen getragen werden, welche
40 auch die Gewinne des Kohleabbaus eingefahren haben und dürfen nicht auf die
41 Allgemeinheit abgewälzt werden. Wir kämpfen für die Einforderung der von der
42 MIBRAG abgegeben Garantien!

43 **Die Weichen müssen jetzt gestellt werden**

44 Der Strukturwandel muss nun beginnen, die Vorschläge der Kohlekommission sind
45 kein Freifahrtschein für ein entspanntes Zurücklehnen. Wir fordern die
46 Bundesregierung auf, die Beschränkungen beim Ausbau der Erneuerbaren Energien
47 sofort aufzuheben, ohne falsche Rücksicht auf die Kohlekraftwerksbetreibende zu
48 nehmen sowie Hindernisse bei der Sektorenkopplung umgehend abzuschaffen. Nur so
49 kann die Energiewende zu 100% Erneuerbaren Energien bei Strom, Gebäuden und
50 Verkehr gelingen. Wir setzen insbesondere auf dezentrale und bürgernahe
51 Energieversorgung durch erneuerbare Energien. Anlagentechnik und Know How bei
52 Erneuerbaren Energien und das Gelingen der Energiewende sowie neue Projekte zur
53 Energiespeicherung sollen sich künftig als Deutschlands neuer Exportschlager
54 etablieren. Die Region des Mitteldeutschen Reviers bietet Raum und Chancen zur
55 Lösung wichtiger Entwicklungsschritte im Bereich Energiewende. Dieses

56 technologisch außerordentliche Potential ist in Leuchtturmprojekten staatlich zu
57 fördern sowie entschieden und zeitnah auszubauen.

58 Ein großes Potenzial bietet auch die Kopplung zwischen Chemieindustrie und
59 Energieerzeugung. Chemieindustrie und Energiewende können gut Hand in Hand
60 gehen. Statt fossile Energieträger als Rohstoffe zu verwenden, können
61 Kunststoffabfälle und Biomasse dafür genutzt werden, um zusammen mit regenerativ
62 erzeugten Wasserstoff Produkte CO₂-arm herzustellen. Große Elektrolyseure zur
63 Herstellung von Wasserstoff aus Wind- und Sonnenstrom und Langzeitspeicher
64 müssen zum Einsatz kommen.

65 Bis die Energieversorgung zu 100% aus Erneuerbaren Energien gespeist werden
66 kann, sollte die Nutzung von Erdgas eine Zwischenlösung bieten. Ein
67 vollständiger Wechsel von Stein- und Braunkohle auf Erdgas würde in der
68 deutschen Energiewirtschaft eine CO₂-Emissionsreduktion von mindestens 40 % mit
69 sich bringen. Durch den zusätzlichen Ausbau von Erneuerbaren Energien und eine
70 Umrüstung auf Gas- und Dampfkombikraftwerke, die signifikant höhere
71 Wirkungsgrade erzielen, könnte die CO₂-Emissionsreduktion noch deutlich höher
72 ausfallen. BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt wollen insbesondere die
73 städtischen Heizkraftwerke und Industriekraftwerke als Basis für einen
74 Brennstoffwechsel nutzen. Power-to-Gas und Power-to-Heat sind Schlüssel für eine
75 erfolgreiche Energiewende im großtechnischen Maßstab.

76 Um die Umrüstung von Kohlekraftwerken auf Erdgas voranzubringen muss der nach
77 Sektoren gestaffelte Preis für ein CO₂-Zertifikat steigen, eingesparte CO₂-
78 Zertifikate vom Markt genommen werden und insgesamt eine CO₂-Bepreisung
79 eingeführt werden. Aktuell hat dieser Preis keinerlei Lenkungswirkung.

80 Zweifellos ist der Kohleausstieg mit dem Verlust von Arbeitsplätzen im
81 Kohlesektor verbunden. Dieser wäre jedoch deutlich geringer als der
82 Stellenzuwachs durch teilweise Umstellung auf Erdgasbetrieb, den stärkeren
83 Ausbau der Erneuerbaren Energien und bessere Zukunftsaussichten für den Export
84 von Anlagentechnik.

85 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt fordern dringend eine länderübergreifende
86 Koordination von Strukturprojekten statt der Abarbeitung einer willkürlichen
87 Auflistung von Schubladenprojekten. Wir brauchen Leuchtturmprojekte, die die
88 Energiewende und die Sektorenkopplung vorantreiben und zukunftsfähige
89 Arbeitsplätze in der Energiewirtschaft bereitstellen. Wir brauchen tiefgreifende
90 Infrastrukturmaßnahmen die das Mitteldeutsche Revier als Investitionsstandort
91 attraktiv machen, es sollen dabei aber vernetzte und wirklich durchdachte
92 moderne Mobilitätsprojekte für die Region entwickelt und umgesetzt werden. Dabei
93 setzen wir auf den Ausbau des Schienensystems, die Reaktivierung ehemaliger

94 Bahnstrecken und den Erhalt von Straßen statt dem Straßenneubau. Die wichtigste
95 Voraussetzung für das Mitteldeutsche Braunkohlerevier bleibt ein
96 flächendeckender Ausbau der Breitbandversorgung mit Glasfaser. Da die Zukunft
97 der Datenübertragung in Glasfasernetzen liegt, müssen Glasfaseranschlüsse und 5G
98 auch in der Fläche bei allen Haushalten ankommen und nicht nur in ausgewählten
99 Gewerbegebieten.

100 Das Mitteldeutsche Revier mit seinen zukünftigen Bergbaufolgelandschaften hat
101 ein großes Potential mit gezielten Naturschutzgroßprojekten seinen Beitrag zum
102 Erhalt der Artenvielfalt zu leisten, Strahlkraft für den Tourismus zu entwickeln
103 sowie als Wohnstandort und Naherholungsgebiet die Metropolbewohner*innen zu
104 gewinnen.

105 BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt wollen den Strukturwandel für neues Lehren
106 und Lernen im 21. Jahrhundert nutzen und fordern für die Menschen im
107 Mitteldeutschen Revier eine Bildungsoffensive. Auszubildende und
108 Berufseinsteiger*innen in der Kohle müssen ab sofort umfassend weitergebildet
109 werden, um zukünftig anschlussfähige Jobs in anderen Branchen ergreifen zu
110 können. Von der konkreten Bildungsinvestition über eine nachhaltige Umschulung
111 im Sinne eines lebenslangen Lernens bis hin zur Zweitausbildung ist für die
112 betroffenen Menschen regional Vorsorge zu treffen.

113 In vielen Bereichen der Wirtschaft, der Infrastruktur, der Technik, Verkehr oder
114 ähnlichem werden in den nächsten Jahren weltweit massive Umbrüche stattfinden.
115 Wir können in Sachsen-Anhalt Vorreiter sein. Dazu müssen wir im Süden des Landes
116 Räume schaffen, in denen Fördergelder unkompliziert zur Verfügung gestellt und
117 in denen Neues ausprobiert werden kann. Wo Wiederholung und auch Scheitern
118 möglich ist. Wir brauchen ein Labor für Smart Regions und innovative,
119 vorausschauende und integrierende Lösungsansätze, beispielsweise auch in Form
120 von Bürgerenergiegenossenschaften. Diese könnten einen überzeugenden Baustein
121 für die Beteiligung der Bürger*innen vor Ort darstellen.

122 **Verlässlichkeit und Planungssicherheit für die Menschen in der Region**

123 BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt stehen im Strukturwandelprozess für die
124 Interessen der Allgemeinheit und der nachfolgenden Generationen, deshalb geben
125 wir jetzt das Startsignal für einen nachhaltigen Wandlungsprozess der Region.
126 Wir haben vielfältige Chancen und Entwicklungspotentiale skizziert, die in der
127 Summe eine prosperierende Zukunftsregion ermöglichen und damit eine Blaupause
128 für die noch viel umfassenderen Energiewendemaßnahmen im gesamten Bundesgebiet
129 darstellen können. Wichtig ist, jetzt den Mut für die Umsetzung zu entwickeln,
130 sich die Gestaltung im Verbund mit der Bevölkerung und allen Interessengruppen
131 zuzutrauen und den Strukturwandel tatkräftig und zügig umzusetzen. Eine Planung

132 „von oben herab“ reicht dafür nicht aus.

133 Eine solche Kraftanstrengung, diesen Großprozess erfolgversprechend anzunehmen
134 und anzugehen wäre ein Novum im wiedervereinigten Deutschland – nicht zuletzt
135 deswegen gibt es dafür kaum einen besseren Ort als diese Region. Der
136 Strukturwandel für die gesamte bundesländerübergreifende Kohleregion bietet die
137 Chance, über den Burgenlandkreis und das Mitteldeutsche Revier hinaus die
138 gesamte Mitteldeutsche Metropolregion hin zu einem aufstrebenden Areal im
139 Zentrum Europas zu entwickeln, das zukünftig nicht mehr von Wegzug und
140 Überalterung, sondern von Aufbruchstimmung geprägt ist. Die ländlichen Räume der
141 Region bieten dabei einen Rückzugsort für Familien, während durch die UNESCO-
142 Weltkulturerbestätte in Naumburg, zahlreichen weiteren Kulturstätten und die
143 Renaturierung der Tagebaugebiete ein naturnaher Kulturtourismus ermöglicht wird.

Antrag

Initiator*innen: LDR (beschlossen am: 22.07.2019)

Titel: **Kohleausstieg beschleunigen – echten
Strukturwandel auf den Weg bringen**

Antragstext

1 Die Empfehlungen der „Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“
2 (WSB) liegen auf dem Tisch und es muss festgehalten werden: Wir haben größten
3 Respekt vor der Leistung der in der Kommission beteiligten Umweltverbände und
4 Aktiven. Der nach schwierigen Verhandlungen erzielte Kompromiss ist der längst
5 überfällige Einstieg in den Kohleausstieg. Das wäre ohne die breite
6 Klimabewegung so nicht möglich gewesen.

7 Trotz des Erfolgs ist klar: Deutschland wird mit diesem Minimalkompromiss die
8 Pariser Klimaziele nicht einhalten können. Die im Abschlussbericht
9 festgeschriebenen Überprüfungspunkte (Revisionsklauseln) in den 2020er Jahren
10 müssen politisch genutzt werden, um sicherzustellen, dass die völkerrechtlich
11 verbindlichen Pariser Klimabeschlüsse erreicht werden. Außerdem sollten sie zum
12 Anlass genommen werden, um zu prüfen, welche CO₂-Einsparungen andere
13 Wirtschaftszweige haben erreichen können und in welchen noch mehr zu erreichen
14 ist. Der eingeschlagene Weg muss nach den Revisionssterminen jeweils weiter
15 beschleunigt werden. Über den Kohlekompromiss hinaus sind konkrete Maßnahmen zur
16 CO₂-Minderung im Verkehr, im Gebäudebereich, in Wirtschaft und Industrie sowie
17 in der Landwirtschaft unverzichtbar. Das Enddatum 2038 und die Festlegung auf
18 „frühestens 2035“ ist zu spät, um die Pariser Klimaziele zu erreichen, dies gilt
19 insbesondere auch für Sachsen-Anhalt.

20 Es braucht einen deutschlandweiten Kohleausstieg bis 2030.

21 Dafür kämpfen wir!

22 Die WSB wurde von der Bundesregierung nur eingesetzt, weil Deutschland seine
23 Klimaziele 2030 krachend verfehlen wird. Kohle ist hierfür ein wichtiges Symbol.
24 Aber wir stellen uns gesamt-politisch klüger auf, wenn wir das Thema Klimaziele
25 breiter aufstellen. Es geht darum unser aller Existenzgrundlagen zu sichern, um
26 nichts weniger. Zur CO2-Minderung müssen z.B. auch der Verkehrssektor, der
27 Gebäudebereich, Wirtschaft sowie Landwirtschaft, Forst und Ernährung sehr viel
28 beitragen. Wir müssen die Revisionstermine dafür nutzen, zu prüfen, welche CO2-
29 Einsparungen insgesamt erreicht werden konnten und in welchen noch mehr zu
30 erreichen ist. Dafür ist auch weiterhin der Druck der Zivilgesellschaft und der
31 progressiven politischen Kräfte nötig. Im Mitteldeutschen Revier muss gelten,
32 dass Dörfer erhalten bleiben, statt der Kohle zu weichen und keine neuen
33 Tagebaue erschlossen werden.

34
35 Die Renaturierung hat, nicht wie bisher mit allem was Gärtnerei und Baumschule
36 hergaben, sondern naturschutzfachlich sinnvoll mit standortangepasstem
37 einheimischem regionalen Saat- und Pflanzgut zu erfolgen. Bei Flutungen
38 ausgekohelter Tagebaue sind bei der bergbaulichen Sicherung naturschutzfachliche
39 Belange im Relief wie Schaffung von Inseln und Flachwasserzonen frühzeitig zu
40 berücksichtigen und umzusetzen. Dabei müssen auch Rückzugsräume für die Natur
41 entstehen, nicht jeder Tagebaurestsee muss touristisch erschlossen werden.

42
43 Der Strukturwandel muss schnellstmöglich beginnen, damit wir falls notwendig zur
44 Erreichung der Klimaziele 2030 noch vor 2035 aus der Kohleverstromung und
45 Kohleförderung aussteigen können. Für dieses klare Signal fehlte den
46 ostdeutschen Ministerpräsidenten leider der Mut.

47 Die Renaturisierungskosten müssen von den Unternehmen getragen werden, welche
48 auch die Gewinne des Kohleabbaus eingefahren haben und dürfen nicht auf die
49 Allgemeinheit abgewälzt werden. Wir kämpfen für die Einforderung der von der
50 MIBRAG abgegeben Garantien!

51 **Die Weichen müssen jetzt gestellt werden**

52 Der Strukturwandel muss nun beginnen, die Vorschläge der Kohlekommission sind
53 kein Freifahrtschein für ein entspanntes Zurücklehnen. Wir fordern die
54 Bundesregierung auf, die Beschränkungen beim Ausbau der Erneuerbaren Energien
55 sofort aufzuheben, ohne falsche Rücksicht auf die Kohlekraftwerksbetreibende zu
56 nehmen sowie Hindernisse bei der Sektorenkopplung umgehend abzuschaffen und den
57 Netz- und Leitungsausbau (HGÜ und konventionell) zu beschleunigen. Nur so kann
58 die Energiewende zu 100% Erneuerbaren Energien bei Strom, Gebäuden und Verkehr
59 gelingen. Wir setzen insbesondere auf dezentrale und bürgernahe
60 Energieversorgung durch erneuerbare Energien. Anlagentechnik und Know How bei
61 Erneuerbaren Energien und das Gelingen der Energiewende sowie neue Projekte zur

62 Energiespeicherung sollen sich künftig als Deutschlands neuer Exportschlager
63 etablieren. Die Region des Mitteldeutschen Reviers bietet Raum und Chancen zur
64 Lösung wichtiger Entwicklungsschritte im Bereich Energiewende. Dieses
65 technologisch außerordentliche Potential ist in Leuchtturmprojekten staatlich zu
66 fördern sowie entschieden und zeitnah auszubauen.

67 Ein großes Potenzial bietet auch die Kopplung zwischen Chemieindustrie und
68 Energieerzeugung. Chemieindustrie und Energiewende können gut Hand in Hand
69 gehen. Statt fossile Energieträger als Rohstoffe zu verwenden, können
70 Kunststoffabfälle und Biomasse dafür genutzt werden, um zusammen mit regenerativ
71 erzeugten Wasserstoff Produkte CO₂-arm herzustellen. Große Elektrolyseure zur
72 Herstellung von Wasserstoff aus Wind- und Sonnenstrom und Langzeitspeicher
73 müssen zum Einsatz kommen.

74 Das Ziel einer verlässlichen Energieversorgung zu 100 % Erneuerbaren Energien
75 verlangt mehr Anstrengungen, um neue Technologien und die Lösungen für die
76 Speicherfragen in großtechnischem Maßstab zur Anwendung bringen. Ein
77 vollständiger Wechsel von Stein- und Braunkohle auf Gas - im Optimalfall Windgas
78 - würde in der deutschen Energiewirtschaft eine CO₂-Emissionsreduktion von
79 mindestens 40 % mit sich bringen. Durch den zusätzlichen Ausbau von Erneuerbaren
80 Energien und eine Umrüstung auf Gas- und Dampfkombikraftwerke, die signifikant
81 höhere Wirkungsgrade erzielen, könnte die CO₂-Emissionsreduktion noch deutlich
82 höher ausfallen. BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt wollen insbesondere die
83 städtischen Heizkraftwerke und Industriekraftwerke als Basis für einen
84 Brennstoffwechsel nutzen. Power-to-Gas und Power-to-Heat sind Schlüssel für eine
85 erfolgreiche Energiewende im großtechnischen Maßstab.

86 Um die Umrüstung von Kohlekraftwerken auf Gas voranzubringen muss der nach
87 Sektoren gestaffelte Preis für ein CO₂-Zertifikat steigen, eingesparte CO₂-
88 Zertifikate vom Markt genommen werden und insgesamt eine CO₂-Bepreisung
89 eingeführt werden. Aktuell hat dieser Preis keinerlei Lenkungswirkung.

90 Zweifellos ist der Kohleausstieg mit dem Verlust von Arbeitsplätzen im
91 Kohlesektor verbunden. Dieser wäre jedoch deutlich geringer als der
92 Stellenzuwachs durch teilweise Umstellung auf Gasbetrieb, den stärkeren Ausbau
93 der Erneuerbaren Energien und bessere Zukunftsaussichten für den Export von
94 Anlagentechnik.

95 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt fordern dringend eine länderübergreifende
96 Koordination von Strukturprojekten statt der Abarbeitung einer willkürlichen
97 Auflistung von Schubladenprojekten. Wir brauchen Leuchtturmprojekte, die die
98 Energiewende und die Sektorenkopplung vorantreiben und zukunftsfähige
99 Arbeitsplätze in der Energiewirtschaft bereitstellen. Wir brauchen tiefgreifende

100 Infrastrukturmaßnahmen die das Mitteldeutsche Revier als Investitionsstandort
101 attraktiv machen, es sollen dabei aber vernetzte und wirklich durchdachte
102 moderne Mobilitätsprojekte für die Region entwickelt und umgesetzt werden. Dabei
103 setzen wir auf den Ausbau des Schienensystems, die Reaktivierung ehemaliger
104 Bahnstrecken und den Erhalt von Straßen statt dem Straßenneubau. Die wichtigste
105 Voraussetzung für das Mitteldeutsche Braunkohlerevier bleibt ein
106 flächendeckender Ausbau der Breitbandversorgung mit Glasfaser. Da die Zukunft
107 der Datenübertragung in Glasfasernetzen liegt, müssen Glasfaseranschlüsse und 5G
108 auch in der Fläche bei allen Haushalten ankommen und nicht nur in ausgewählten
109 Gewerbegebieten.

110 Das Mitteldeutsche Revier mit seinen zukünftigen Bergbaufolgelandschaften hat
111 ein großes Potential mit gezielten Naturschutzgroßprojekten seinen Beitrag zum
112 Erhalt der Artenvielfalt zu leisten, Strahlkraft für den Tourismus zu entwickeln
113 sowie als Wohnstandort und Naherholungsgebiet die Metropolbewohner*innen zu
114 gewinnen.

115 BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt wollen den Strukturwandel für neues Lehren
116 und Lernen im 21. Jahrhundert nutzen und fordern für die Menschen im
117 Mitteldeutschen Revier eine Bildungsoffensive. Auszubildende und
118 Berufseinsteiger*innen in der Kohle müssen ab sofort umfassend weitergebildet
119 werden, um zukünftig anschlussfähige Jobs in anderen Branchen ergreifen zu
120 können. Von der konkreten Bildungsinvestition über eine nachhaltige Umschulung
121 im Sinne eines lebenslangen Lernens bis hin zur Zweitausbildung ist für die
122 betroffenen Menschen regional Vorsorge zu treffen.

123 In vielen Bereichen der Wirtschaft, der Infrastruktur, der Technik, Verkehr oder
124 ähnlichem werden in den nächsten Jahren weltweit massive Umbrüche stattfinden.
125 Wir können in Sachsen-Anhalt Vorreiter sein. Dazu müssen wir im Süden des Landes
126 Räume schaffen, in denen Fördergelder unkompliziert zur Verfügung gestellt und
127 in denen Neues ausprobiert werden kann. Wo Wiederholung und auch Scheitern
128 möglich ist. Wir brauchen ein Labor für Smart Regions und innovative,
129 vorausschauende und integrierende Lösungsansätze, beispielsweise auch in Form
130 von Bürgerenergiegenossenschaften. Diese könnten einen überzeugenden Baustein
131 für die Beteiligung der Bürger*innen vor Ort darstellen.

132 **Verlässlichkeit und Planungssicherheit für die Menschen in der Region**

133 BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt stehen im Strukturwandelprozess für die
134 Interessen der Allgemeinheit und der nachfolgenden Generationen, deshalb geben
135 wir jetzt das Startsignal für einen nachhaltigen Wandlungsprozess der Region.
136 Wir haben vielfältige Chancen und Entwicklungspotentiale skizziert, die in der
137 Summe eine prosperierende Zukunftsregion ermöglichen und damit eine Blaupause

138 für die noch viel umfassenderen Energiewendemaßnahmen im gesamten Bundesgebiet
139 darstellen können. Wichtig ist, jetzt den Mut für die Umsetzung zu entwickeln,
140 sich die Gestaltung im Verbund mit der Bevölkerung und allen Interessengruppen
141 zuzutrauen und den Strukturwandel tatkräftig und zügig umzusetzen. Eine Planung
142 „von oben herab“ reicht dafür nicht aus.

143 Eine solche Kraftanstrengung, diesen Großprozess erfolgversprechend anzunehmen
144 und anzugehen wäre ein Novum im wiedervereinigten Deutschland – nicht zuletzt
145 deswegen gibt es dafür kaum einen besseren Ort als diese Region. Der
146 Strukturwandel für die gesamte bundesländerübergreifende Kohleregion bietet die
147 Chance, über den Burgenlandkreis und das Mitteldeutsche Revier hinaus die
148 gesamte Mitteldeutsche Metropolregion hin zu einem aufstrebenden Areal im
149 Zentrum Europas zu entwickeln, das zukünftig nicht mehr von Wegzug und
150 Überalterung, sondern von Aufbruchstimmung geprägt ist. Die ländlichen Räume der
151 Region bieten dabei einen Rückzugsort für Familien, während durch die UNESCO-
152 Weltkulturerbestätte in Naumburg, zahlreichen weiteren Kulturstätten und die
153 Renaturierung der Tagebaugebiete ein naturnaher Kulturtourismus ermöglicht wird.

Antrag

Initiator*innen: Miriam Matz (KV Saalekreis), Sören Herbst, Wolfram Gebauer (KV Magdeburg), Britta-Heide Garben (KV Börde), Landesvorstand (beschlossen am: 18.02.2019)

Titel: **Für ein starkes Grünes Europa – Sachsen-Anhalt braucht mehr Europa!**

Antragstext

1 Vor fast 30 Jahren wurde auch Sachsen-Anhalt im Zuge der Wiedervereinigung ein
2 Teil der Europäischen Gemeinschaft, die später zur Europäischen Union wurde. Die
3 innerdeutsche Grenze führte auch entlang von Sachsen-Anhalt führte und trennte
4 als Teil des Eisernen Vorhangs nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa. Zum
5 30-jährigen Jubiläum der Friedlichen Revolution eröffnen wir das Grüne Band als
6 nationales Naturmonument im Bereich des ehemaligen innerdeutschen Grenzverlaufs.
7 Dort, wo Europa für Jahrzehnte geteilt war, ist es nun durch Natur, durch ein
8 wahrlich Grünes Band verbunden und weiter zusammengewachsen. Eine große Chance
9 für Sachsen-Anhalt und ein großartiger Glücksfall für die Menschen, die nach der
10 Einheit Deutschlands Teil dieses Gemeinschaftsprojekts wurden. Seit nun fast 30
11 Jahren profitiert unser Bundesland besonders von der europäischen Solidarität,
12 durch deren europäische Fördermittel und Strukturfonds zahllose Projekte
13 durchgeführt und Infrastruktur aufgebaut werden konnte. Im Herzen Europas
14 gelegen, bekennen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt mit Nachdruck zu
15 einer EU, die nun enger zusammenrückt und nicht weiter auseinanderdriftet. Wir
16 werden nicht zulassen, dass das Rad der Zeit durch ewiggestrige Nationalisten
17 zurückgedreht wird. Denn Sachsen-Anhalt ist nicht nur wirtschaftlich, sondern
18 auch kulturell in der EU fest verankert. Wir brauchen die EU und sie braucht
19 uns. Diese gemeinsame Basis wollen wir stärker ins Bewusstsein der Menschen in
20 Sachsen-Anhalt rücken. Zudem wollen wir sie nutzen, um in einen engeren Kontakt
21 mit europäischen Partner*innen zu treten und noch mehr Menschen für das Projekt
22 Europa zu begeistern – denn es ist notwendiger denn je.

23 **Europa näher zu den Bürger*innen bringen**

24 Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gilt es, Initiativen und Organisationen zu
25 unterstützen, die die Angebote der EU zum Austausch, Studieren und Lernen in
26 anderen EU-Mitgliedsstaaten erklären und besonders jungen Menschen zugänglich
27 machen. Besonders in der Schule und der Jugendbildung muss Europa einen größeren
28 Stellenwert erhalten und fächerübergreifend in den Lehrplan aufgenommen werden.
29 Dies soll bereits in der Grundschule beginnen und über die gesamte Schullaufbahn
30 fortgesetzt werden.

31 **Unsere Kommunen europafest gestalten**

32 Sachsen-Anhalt hat ab 2021 aufgrund seiner verbesserten wirtschaftlichen Lage
33 Anspruch auf weniger EU-Fördermittel als bisher. Diese Mittel müssen somit in
34 veränderter Form gezielter als bisher beantragt und verteilt werden, wobei die
35 Schwerpunkte in den strukturschwächeren ländlichen Räumen und den vom
36 Kohleausstieg betroffenen Regionen Sachsen-Anhalts liegen sollten. Die
37 veränderten Förderbedingungen zeigen auch, dass es nun wirklich an der Zeit für
38 alle Kommunen in Sachsen-Anhalt ist, sich intensiv mit Europa zu befassen, um
39 keine Nachteile zu erhalten.

40 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt wollen erreichen, dass die finanziellen
41 Mittel der EU stärker unter Einbeziehung der Menschen vor Ort in den Kommunen
42 eingesetzt werden. Hier gilt es, neue Dialog- und Beteiligungsformate zu
43 schaffen, die diesen Namen auch verdienen. Das schafft Vertrauen und sorgt
44 dafür, dass das Geld dort ankommt, wo es tatsächlich gebraucht wird.

45 **Gemeinsam an Europas Zukunft bauen**

46 Lebendige Städtepartnerschaften führen dazu, Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu
47 erkennen und Vorurteile abzubauen. Zum Zusammenhalt Europas tragen daher auch
48 die Förderung internationaler Kontakte zwischen EU-Bürger*innen, Schulen,
49 Vereinen, Unternehmen und Verwaltungen in den jeweiligen Partnerstädten bei. Im
50 gegenseitigen Erfahrungsaustausch können Menschen und Kommunen von einander
51 lernen und somit das Leben für alle Menschen in der Kommune verbessern. Diese
52 Partnerschaften wollen wir ausbauen, wofür auch die Kommunen Sachsen-Anhalts
53 angemessene Mittel bereitstellen sollten. In den Landkreisen und kreisfreien
54 Städten Sachsen-Anhalts setzen wir uns deshalb für Personalstellen ein, die
55 ausschließlich mit dem Kontakt zu Partnerstädten und -regionen, sowie der
56 Nutzung von europäischen Strukturfonds und anderen Fördermitteln befasst sind.
57 Für die Mitarbeiter*innen in den Verwaltungen müssen Fortbildungen mit
58 Europabezug und Austausch von Verwaltungsmitarbeiter*innen mit

59 Verwaltungsmitarbeiter*innen anderer EU-Staaten gestaltet werden, um von
60 einander zu lernen und miteinander zu gestalten.

61 **Die europäische Ebene in der Landespolitik mitdenken**

62 Bei der kommenden Europawahl im Mai haben alle EU-Bürger*innen, die in Sachsen-
63 Anhalt leben, die Möglichkeit, hier an der Europawahl teilzunehmen. Wir wollen
64 für sie unter gleichen Bedingungen wie für deutsche Staatsangehörige ein
65 Landtagswahlrecht einführen. Dazu soll sich Sachsen-Anhalt den Initiativen zur
66 Öffnung des Grundgesetzes anschließen. Perspektivisch sollte die
67 Unionsbürgerschaft zu einer europäischen Staatsbürgerschaft fortentwickelt
68 werden, so dass Unionsbürger*innen in den Mitgliedstaaten, in denen sie leben,
69 grundsätzlich die vollen bürgerlichen Rechte genießen.

70 Sachsen-Anhalt soll alle bereits bestehenden Möglichkeiten ausschöpfen, die EU
71 bürger*innen nah mitzugestalten. Vertreter*innen, die Sachsen-Anhalt im
72 Europäischen Ausschuss der Regionen oder dem Europäischen Parlament vertreten,
73 sollen ein Rederecht im Landtag erhalten können, um wichtige Debatten auch auf
74 dieser Ebene europäischer führen zu können.

75 Die vielfältigen regionalen Identitäten sind das Herz Europas. Europäische
76 Städte und Regionen bilden das Fundament für Kultur, gegenseitige Anerkennung
77 und Solidarität. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt wollen sie stärken, damit
78 sie grenzüberschreitend gemeinsame Herausforderungen annehmen können. Deshalb
79 unterstützen wir den Vorschlag der Kommission, Städte und Regionen, die
80 beispielsweise ihre Bereitschaft erklären, Geflüchtete aufzunehmen oder
81 besondere Maßnahmen zur Einhaltung der Klimaziele umsetzen, durch europäische
82 Fördermittel stärker und direkt ohne den Einfluss der Nationalstaaten zu
83 unterstützen.

84 Die Präsenz und aktive Teilnahme Sachsen-Anhalts an den politischen Prozessen im
85 Mehrebenensystem der EU muss gestärkt werden. Der Anteil von Menschen aus
86 Sachsen-Anhalt in wichtigen Positionen der EU-Verwaltung ist auffällig gering.
87 Auch ist trotz Verankerung im Koalitionsvertrag die Arbeit der Landesvertretung
88 Sachsen-Anhalts in Brüssel bisher nicht aufgewertet worden. Das muss sich
89 ändern, damit Sachsen-Anhalt als Region stärker wahrgenommen wird.

90 Auch in den Ministerien des Landes Sachsen-Anhalt fehlen ausreichend Europa-
91 kompetente Stellen, die sich ausschließlich mit der EU und der Beantragung von
92 Fördermitteln bei dieser beschäftigen. Jedes Ministerium sollte eigene
93 Koordinator*innen und Sachbearbeiter*innen für diesen Bereich beschäftigen. Um
94 Kompetenzen im Bereich EU und Fördermittelbeantragung in den Ministerien,

95 Landkreisen und kreisfreien Städten stetig zu erweitern und auf aktuellem Stand
96 zu halten, sind regelmäßige Schulungen der Koordinator*innen und
97 Sachbearbeiter*innen unerlässlich. Dies gilt besonders für
98 Fremdsprachenschulungen der englischen Sprache.

99 Die Bewerbung der Landeshauptstadt Magdeburg zur europäischen Kulturhauptstadt
100 unterstützen wir ausdrücklich. Im Falle einer positiven Entscheidung könnten
101 sich Magdeburg und ganz Sachsen-Anhalt als weltoffene, moderne Region im Herzen
102 Europas präsentieren und damit mehr Menschen zum Leben und Urlaub in Sachsen-
103 Anhalt motivieren. Die zahlreichen, vielfältigen Partnerschaften der sachsen-
104 anhaltinischen Kommunen in Europa und darüber hinaus soll das Land stärker in
105 die Internationalisierungs- und Europastrategie für Sachsen-Anhalt integrieren
106 und gegebenenfalls auch strategisch zu Landespartnerschaften ausbauen. Neben den
107 Partnerschaften innerhalb der EU sollten hierbei auch die Regionen Europas in
108 den Blick genommen werden, die über Programme langfristig eng in die
109 Nachbarschaftsbeziehungen der EU eingebunden sind, etwa die Westbalkanstaaten
110 und die Länder der Östlichen Partnerschaft. Diese europäischen Länder
111 durchlaufen zu einem großen Teil Transformationsprozesse, die auch für die
112 Geschichte Sachsens-Anhalts kennzeichnend waren und es teilweise noch immer sind.
113 Die Erfahrungen unserer Kommunen und unseres Bundeslandes sind hier ganz konkret
114 gefragt.

115 Wir fordern zudem die Schreibgruppe für das Programm zur Landtagswahl 2021 auf,
116 dem Programm nicht nur ein Gender Mainstreaming, sondern auch ein Europa
117 Mainstreaming zu unterziehen. Für den Europäischen Ausschuss der Regionen wollen
118 wir dabei unsere Vorstellungen für ein Grünes Europa und die Region Sachsen-
119 Anhalt in diesem Grünen Europa den Wähler*innen präsentieren.

120 **Die Energiewende Europas startet auch in Sachsen-Anhalt**

121 In der globalen Klimapolitik muss die EU zu einem großen Player werden und
122 vorbildhaft vorgehen. So haben sich Grüne Parteien europaweit zum Ziel
123 gesetzt, u.A. aus der Kohle auszusteigen. Auch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-
124 Anhalt setzen auf einen Kohleausstieg, der lieber früher als später kommt, um
125 das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen. In Sachsen-Anhalt endet die Ära der
126 Braunkohletagebaue mit dem Ende der Arbeiten im Tagebau Profen 2035. Im
127 Koalitionsvertrag konnten wir erreichen, dass keine neuen Tagebaue in Sachsen-
128 Anhalt erschlossen werden. Den Export der Braunkohle nach Tschechien lehnen wir
129 ab. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt fordern die Landesregierung dazu auf,
130 die Möglichkeit des Exportverbots endlich zu prüfen. Die europäische Union ist
131 fähig, sich selbst mit regenerativer Energie zu versorgen, solange
132 grenzüberschreitender Energieaustausch ermöglicht wird. Wie im Koalitionsvertrag
133 vorgesehen, wollen wir Sachsen-Anhalt zur europäischen Modellregion für

134 regenerative Energien weiterentwickeln.

135 In einem Bundesland, in dem die Kohleindustrie einen zentralen Wirtschaftsfaktor
136 darstellte, wollen wir vorangehen und für andere europäischen Regionen Vorbild
137 sein. Im Austausch mit diesen können wir von den Erfahrungen anderer ehemaliger
138 Tagebauregionen profitieren, um den Kohleausstieg nachhaltig zu gestalten. Auch
139 die EU muss - wie auch Bund und Land - den Kohleausstieg finanziell
140 unterstützen, so z.B. durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung
141 (EFRE) oder einen völlig neuen Fonds, der speziell zur Unterstützung von
142 Kohleausstiegsregionen geschaffen werden könnte.

143 **Für die europäische Integration – Sachsen-Anhalt bietet** 144 **Menschen eine neue Heimat**

145 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt setzen auf die europäische Integration. Wir
146 freuen uns, wenn sich Menschen unterschiedlicher Kulturen kennenlernen und ihr
147 Zusammenleben gemeinsam im Rahmen der Möglichkeiten, die die EU bietet,
148 rechtsstaatlich und demokratisch organisieren. Wir wollen die Grenzen in der
149 Realität und in den Köpfen der Menschen überwinden, ohne die kulturelle Vielfalt
150 zu mindern. Eine offene europäische Gesellschaft darf sich nicht von der Welt
151 abschotten und muss solidarisch mit Menschen außerhalb Europas sein, wenn diese
152 aus vielfältigen Gründen aus ihrer Heimat fliehen. Menschen aus allen Teilen der
153 Welt, die gezwungen waren, ihre Heimat zu verlassen und ein Recht haben, in
154 Europa zu leben, heißen wir in unserer Region in Mitteleuropa ausdrücklich
155 willkommen! Sie bereichern unsere Gesellschaft und Wirtschaft mit ihren für
156 Sachsen-Anhalt dringend benötigten Erfahrungen wie Fertigkeiten.

157 **Trotz Brexit stehen wir an der Seite Großbritanniens - Wir** 158 **lassen Europafreund*innen und britische Partner*innen nicht** 159 **allein**

160 Eine knappe Mehrheit der britischen Bevölkerung konnte nicht von den Vorzügen
161 der EU überzeugt werden und votierte daher für den Austritt Großbritanniens aus
162 der EU. Das bedauern wir sehr, da die EU damit einen wichtigen Partner innerhalb
163 der Gemeinschaft verliert und unklar ist, ob weitere EU-Mitgliedsstaaten
164 nachziehen. Einem weiteren Auseinanderdriften der politischen Union und
165 Wertegemeinschaft stellen wir uns entgegen und setzen im Gegensatz zu
166 Populist*innen nicht auf Spaltung, sondern auf die Betonung des Gemeinsamen.
167 Noch immer sind die Folgen des Austritts am 30. März 2019 nicht vollständig
168 absehbar. Firmen aus Sachsen-Anhalt, deren zweitwichtigsten Handelspartner
169 Großbritannien ist, könnten zukünftig unter Handelsbeschränkungen und
170 verteuerten Waren leiden. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Sachsen-

171 Anhalt und Großbritannien sollen trotz des Brexits bestehen und ausgebaut
172 werden.

173 Zudem ist auch die zukünftige Situation der EU-Bürger*innen in Großbritannien
174 und der britischen Staatsbürger*innen in der EU unklar. Besonders jungen
175 Menschen in Großbritannien und der EU werden mit dem Austritt Großbritanniens
176 aus der EU in den Möglichkeiten zum Austausch, Studieren und von einander Lernen
177 eingeschränkt. Deshalb stehen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt für zügige
178 Verhandlungen, in denen die Beziehungen zwischen der EU und Großbritannien
179 umfassend geregelt werden. Das schafft Sicherheit für Menschen und Wirtschaft.
180 Auch wenn wir die Mehrheitsentscheidung der britischen Bevölkerung zum Brexit
181 respektieren, stehen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt an der Seite der
182 Europafreund*innen in Großbritannien.

183 **Eine Zukunft des Europäischen Zusammenhalts – wofür es** 184 **starke Grüne im Europaparlament braucht**

185 Im Gegensatz zur Abschottungspolitik der EU-Gegner*innen setzen wir Grüne auf
186 einen pro-europäischen Weg. Wir bekennen uns zur Europäischen Union und wollen
187 diese transparenter, sozial gerechter und ökologischer gestalten.
188 Grenzkontrollen, Einschränkungen der Rechte von EU-Bürger*innen anderer EU-
189 Mitgliedsstaaten und Abschottung lehnen wir klar ab. Wir wollen innerhalb der EU
190 gemeinsame Lösungen finden und bestehende europäische Institutionen
191 weiterentwickeln. Wer nur die wirtschaftliche Zusammenarbeit nutzen, ansonsten
192 aber von gegenseitiger Solidarität und Integration wenig wissen und vermeintlich
193 „homogene Gesellschaften“ erhalten will, handelt gegen unsere europäischen
194 Grundwerte. Denn für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt stellt die EU nicht
195 nur eine Wirtschafts-, sondern auch eine Werteunion dar. Die EU ist ein Ort der
196 Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte. Wir wollen die EU zu einem Ort machen,
197 in dem Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer Herkunft, ihrer sexuellen
198 Orientierung oder Identität selbstbestimmt und diskriminierungsfrei leben
199 können. Wer Teil der Europäischen Union ist darf diese Ziele nicht in Frage
200 stellen.

201 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt stehen für eine klar pro-europäische,
202 weltoffene und demokratische Politik. Das friedliche Miteinander auf unserem
203 Kontinent lebt vom kulturellen Austausch, vom Verschwinden der Grenzen. Ein
204 solidarisches Europa ist die Antwort auf viele politische und gesellschaftliche
205 Fragen. Die Europäische Union hat uns auf dem Kontinent in kultureller Vielfalt
206 zusammengeführt und für ein friedliches Miteinander gesorgt. Der Frieden
207 innerhalb Europas war nie stabiler. Die Europäische Union garantiert für unseren
208 Frieden und unsere Freiheiten. Wir GRÜNE werden alles dafür tun, um die
209 Europäische Union vom Symbol der Völkerverständigung zum Symbol der europäischen

210 Solidarität und Humanität weiter zu entwickeln, denn die großen Zukunftsfragen
211 können wir nicht alleine lösen.

212 Dazu braucht es starke GRÜNE in einem starken Europa. Daher wollen wir auf allen
213 politischen Ebenen 2019 dafür kämpfen, dass die im Mai stattfindende Europawahl
214 ein Erfolg für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen-Anhalt und GRÜNE in ganz Europa
215 wird!

A-1

Antrag

Initiator*innen: LFG Digitales und Medien (beschlossen am: 17.01.2019)

Titel: **Anerkennung Landesfachgruppe Digitales und Medien**

Antragstext

- 1 Die Landesfachgruppe Digitales und Medien wird als Fachgruppe des
- 2 Landesverbandes Sachsen-Anhalt anerkannt.

A-2

Antrag

Initiator*innen: LFG Tierschutz (beschlossen am: 29.01.2019)

Titel: Anerkennung der Landesfachgruppe Tierschutz

Antragstext

- 1 Die Landesfachgruppe Tierschutz wird als Fachgruppe des Landesverbands Sachsen-
- 2 Anhalt anerkannt.

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand (beschlossen am: 19.02.2019)

Titel: **CETA im Bundesrat verhindern – Standards der Daseinsvorsorge bewahren**

Antragstext

1 Bündnisgrüne Handelspolitik steht für eine gerechte Gestaltung der
2 Globalisierung, in der sozial-ökologische Standards und das Vorsorgeprinzip
3 festgeschrieben sind, die kommunale Daseinsvorsorge geschützt wird, die
4 parlamentarische Mitbestimmung bei der regulatorischen Kooperation garantiert
5 und das Pariser Klimaabkommen als zentraler Bestandteil behandelt werden. Dabei
6 lehnen wir einseitige Gerichte und Sonderklagerechte für private Investoren, mit
7 denen Menschenrechte, Verbraucher*innenschutz und Klimaschutz umgangen werden
8 könnten, ab. Nationales bzw. europäisches Recht darf nicht durch parallele
9 Gerichtsbarkeiten für Konzerne aufgeweicht werden. Statt mit jedem
10 Handelsabkommen neue Schiedsgerichte einrichten zu wollen, setzen wir uns für
11 die Schaffung eines internationalen Handelsgeschichtshofs ein, der bei den
12 Vereinten Nationen angesiedelt werden soll und vor dem neben Investoren auch
13 natürlichen Personen die Möglichkeit zur Klage eingeräumt wird. Bei der
14 Gestaltung von Märkten muss das Primat der Politik gelten.

15 CETA greift nicht nur in die Kompetenzen des Bundes, sondern auch in die
16 Kompetenzen der Länder und Kommunen ein. Vor diesem Angriff auf die Gestaltung
17 der politischen Selbstverwaltung und -gestaltung wehren wir uns entschieden.
18 Kommunale Daseinsvorsorge muss vor Deregulierung und Privatisierung geschützt
19 werden, da sie die Lebensqualität der Menschen sichert und zum sozialen
20 Zusammenhalt beiträgt. Eine funktionierende Grundversorgung muss weiterhin in
21 der Hand gewählter Vertreter*innen liegen, um demokratische Mitbestimmung auch
22 auf kommunaler Ebene zu gewährleisten. Wir fordern eindeutige Schutzklauseln
23 gegen neue, zusätzliche Risiken, die soziale Dienstleistungen, die
24 Wasserversorgung oder den Bildungsbereich bedrohen können. Auf allen Ebenen

25 setzen wir uns für Vertragsanpassungen im Sinne der oben genannten Kriterien
26 ein.

27 Deshalb lehnen wir CETA in dieser Form weiterhin ab und fordern unsere
28 Vertreter*innen in der Kenia-Koalition dazu auf, auf eine Ablehnung des
29 Abkommens seitens Sachsen-Anhalts im Bundesrat hinzuwirken.

Antrag

Initiator*innen: Christian Franke-Langmach (KV Altmarkkreis Salzwedel)

Titel: Bewerbung für die Strukturkommission

Antragstext

1 Liebe Freundinnen und Freunde,

2 ich erinnere mich noch gut an unseren Satzungs-Parteitag 2012 in Dessau, bei dem
3 wir nach dem Einzug in den Landtag unserer Strukturen fit für die neuen
4 Herausforderungen und auch die gestiegene Mitgliederzahl gemacht haben.

5 Seitdem ist einige Zeit vergangen. Wir haben weiter Mitglieder hinzugewonnen und
6 haben noch mehr Verantwortung im Land übernommen. Doch auch manche alte
7 Herausforderung ist geblieben.

8 Jetzt ist ein guter Zeitpunkt erreicht, um wieder einen Blick auf die Strukturen
9 zu werfen und sich die folgende Frage zu stellen: Passen die Strukturen noch zu
10 den Aufgaben? Sind alle Funktionsträger*innen adäquat in unsere Strukturen
11 eingebunden? Wie kommen wir zu legitimen Entscheidungen, die möglichst viele
12 Mitglieder im Landesverband mittragen?

13 Hierbei geht es mir sowohl um die Beziehungen zwischen den Akteur*innen auf der
14 Landesebene, als auch um jene zwischen den Kreisverbänden und der Landesebene,
15 sowie unter den Kreisverbänden selbst. Hier sehe ich Potentiale für eine noch
16 bessere Zusammenarbeit.

17 Ich möchte ergebnisoffen in die Diskussion gehen und bin sehr gespannt, welche
18 Schlussfolgerungen wir aus unseren jeweiligen Erfahrungen gemeinsam ziehen.
19 Natürlich habe ich eigene Vorstellungen, wie die Gründung eines Parteirats und
20 noch viele weitere Ideen für aus meiner Sicht notwendige Struktur-Veränderungen,
21 jedoch geht es mir nicht darum meine Vorstellungen durchzudrücken, sondern
22 vielmehr nach gemeinsamen Lösungen zu suchen, die am Ende möglichst auch eine

23 notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit auf einem Parteitag erreichen.

24 In diesen Prozess möchte ich meine vielfältigen Erfahrungen mit einbringen. Als
25 langjähriges Mitglied eines Kreisvorstandes, als Stadtrat, als mehrfacher
26 Landtags- und Bundestagskandidat, als Sprecher einer Landesfachgruppe und als
27 ehemaliger Landesvorsitzender habe ich unsere Partei aus vielen Winkeln
28 betrachten und in unterschiedlichen Rollen erleben können.

29 Um diese Blickwinkel einbringen zu können, bitte ich um eure Unterstützung!

30 Beste Grüße

31 Christian Franke-Langmach

B-2

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand (beschlossen am: 29.01.2019)

Titel: **Bewerbungen für die Satzungs- und die
Strukturkommission**

Antragstext

1 Liebe Freundinnen und Freunde,

2 Für den Landesvorstand bewerben sich:

3 **für die Strukturkommission:**

4 Miriam Matz (KV Saalekreis)

5 Hinrich Nowak (KV Anhalt-Bitterfeld)

6 und

7 **für die Satzungskommission:**

8 Britta-Heide Garben (KV Börde)

9 Matthias Borowiak (KV Magdeburg)

10 um euer Votum.

Antrag

Initiator*innen: Martin Grimm (SV Halle (Saale))

Titel: Bewerbung für die Strukturkommission

Antragstext

1 Liebe Freundinnen und Freunde,

2 Politisches Engagement wandelt sich seit Jahren und unsere erfreulicherweise
3 stetig wachsende Partei braucht neue Lösungen für zeitgemäße politische
4 Partizipation. Medien und Gesellschaft haben sich geändert, wir sind in
5 Regierungsverantwortung – all dies verlangt neue Antworten und neue
6 Handlungsfähigkeiten von uns. Zudem stehen wir als Organisation zunehmend in der
7 Verantwortung, mit der knappen Zeit unserer Mitglieder verantwortungsvoll
8 umzugehen und Beteiligungsformen zu ermöglichen, die nicht stundenlange Reisen
9 durch unser Bundesland abverlangen sondern die Möglichkeiten der Digitalisierung
10 zielstrebig nutzen. Hierfür braucht es die Fantasie, auch den einen oder anderen
11 alten Zopf abzuschneiden und mutig in die Zukunft zu blicken. Die
12 Strukturkommission soll derartig zukunftsweisende Vorschläge erarbeiten.

13 20 Jahre Erfahrung (von Anfängen im Flächenkreis über den Beisitz im
14 Stadtvorstand in Halle, die Hochschul- und Fachpolitik, ziemlich viele
15 Wahlkämpfe bis hin zu Jobs in Kommunalpolitik und zuletzt als
16 Landesgeschäftsführer) und einen professionellen Blick jenseits des „haben wir
17 schon immer so gemacht“ möchte ich dafür in die Waagschale werfen und bitte um
18 eure Stimme.

19 Viele Grüße,

20 Martin

Antrag

Initiator*innen: Daniel Mouratidis (KV Magdeburg)

Titel: Bewerbung für die Strukturkommission

Antragstext

1 Liebe Freundinnen und Freunde,

2 „structure follows function“ - so stand es in vielen Büchern zur
3 Organisationslehre, die mich während des Studiums der Verwaltungswissenschaft
4 peinigten. So richtig geht einem das Gelernte erst in der Praxis auf.
5 Vergleichen wir es mit einem Stuhl: Der sollte so sein, dass man bequem darauf
6 sitzt. Die Lehnen angenehm breit, die Sitzfläche nicht zu kurz. Damit jeder
7 Mensch bequem darauf sitzen kann, sind Kinderstühle kleiner gebaut als für
8 Erwachsene. Als ich Bündnis 90/Die Grünen in Sachsen-Anhalt vor fast 9 Jahren
9 kennenlernte, saßen wir nicht im Landtag. Mittlerweile sind wir der
10 Stabilitätsanker und die Stimme der Vernunft in einer Regierungskoalition. Die
11 Zahl der Mitglieder hat sich seitdem fast verdoppelt. Um im Bild zu bleiben: Wir
12 sind nun Erwachsen; die Frage ist, ob wir uns nicht einen neuen Stuhl zimmern
13 sollten, auf dem wir alle bequem sitzen wollen.

14 Der Fokus sollte nicht nur auf die Zusammensetzung des Landesvorstandes und die
15 Verknüpfungen zwischen Kreisverbänden, Kommunalvertreter*innen,
16 Landesfachgruppen, Ministerin, und Bundes- wie Landtagsfraktion sein. Dazu
17 gehört für mich auch, wie wir das Wachstum der Partei berücksichtigen können.
18 Wie schaffen wir es beispielsweise, Sitzungen eines Kreisverbandes nicht zu
19 einer Formaliwüste werden zu lassen, die neue Mitglieder verschreckt denn
20 motiviert?

21 Die sinnvolle Nutzung der verschiedenen technischen Möglichkeiten muss dabei
22 unbedingt bedacht werden.

23 Ich habe große Lust, meine vielfältigen Erfahrungen hier einzubringen und bitte
24 um Euer Votum für diese Aufgabe. Beruflich und in ehrenamtlichen Vereinen habe
25 ich in der Vergangenheit genau diese Organisationsfragen gelöst. Bei Bündnis
26 90/Die Grünen habe ich in den 22 Jahren meiner Mitgliedschaft viele Auf- und Abs
27 als auch Funktionen erlebt. Ich war Ort- und Kreisvorstand und schließlich
28 Landesvorsitzender in Baden-Württemberg, Stadtrat, Landtags- und
29 Bundestagskandidat, in Sachsen-Anhalt Wahlkampfmanager zur Landtagswahl 2011 und
30 ein paar Monate kommissarischer Landesgeschäftsführer, seit ein paar Jahren nun
31 ohne Parteifunktion.

32 Herzlichst,

33 Daniel Mouratidis

B-5

Antrag

Initiator*innen: Grüne Jugend (beschlossen am: 02.12.2018)

Titel: **Bewerbungen für die Satzungs- und die
Strukturkommission**

Antragstext

- 1 Die Grüne Jugend schlägt Leonie Köhler für die Strukturkommission und Michelle
- 2 Angeli für die Satzungscommission vor. Beide haben einstimmig auf der LMV am
- 3 01.12.2018 das Votum der Grünen Jugend erhalten.

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand (beschlossen am: 20.11.2018)

Titel: Antrag auf Änderung der Erstattungsordnung

Antragstext

1 I.

2 Die Erstattungsordnung wird unter **D) Abrechnungsregelung in Absatz 2**, der bisher
3 lautet:

4 „Alle Kostenerstattungen sind **grundsätzlich innerhalb von 1 Monat** nach
5 Entstehung der Ansprüche auf dem dafür vorgesehenen Formular zu beantragen.“

6 wie folgt neu gefasst:

7 „*Erstattungsanträge sind zeitnah, spätestens aber **innerhalb von 3 Monaten** nach*
8 *Anfall der Ausgabe zu stellen. Erstattungsanträge für Ausgaben, die länger als 3*
9 *Monate zurückliegen, sind nicht mehr erstattungsfähig. Erstattungsanträge für*
10 *Ausgaben im November oder Dezember eines Jahres sind spätestens bis 15. Februar*
11 *des Folgejahres einzureichen.*“

12 Der Satz am Ende der Erstattungsordnung vor der Tabelle zu den Kostenträgern:

13 „**Alle Kostenerstattungen, die nach dem 15.2. des Folgejahres geltend gemacht**
14 **werden, sind nicht mehr erstattungsfähig.**“

15 wird gestrichen.

16 Zu den Gründen:

17 Eine generelle Antragsfrist von nur einem Monat ist zu kurz. Die Dreimonatsfrist
18 ist für alle Antragsteller*innen zumutbar. Für die beiden Monate November und
19 Dezember ist die Antragsfrist zwar kürzer, dies ist aber einer Ausgabenklarheit
20 zum gewählten Termin 15. Februar geschuldet. Die Dreimonatsfrist genügt auch
21 noch den Vorgaben des Erlasses des BMF zu einer zeitnahen Verzichtsspende. Damit
22 kann der verwirrende Zusatz/Hinweis auf der ersten Seite des
23 Erstattungsformulars entfallen. Zukünftig ist in jedem fristgemäß abgegebenem
24 Erstattungsantrag eine Verzichtsspende möglich.

25 Während bei der 1 Monatsfrist ständig darauf geachtet werden muss, dass sie
26 eingehalten wird, sind bei der Dreimonatsregelung quartalsweise Abrechnungen
27 möglich. Das vereinfacht die Antragstellung. Dies entspricht auch den auf dem
28 letzten LaFiRat geäußerten Wünschen der Kreisschatzmeister.

29 **II.**

30 Die Erstattungsordnung wird unter Buchstabe **E) 2. Verpflegungsmehraufwand unter**
31 **Buchstabe a)** um einen Satz folgendermaßen ergänzt:

32 *„Die Abrechnung nach Beleg ist nicht möglich.“*

33 Zu den Gründen:

34 Der Landesverband Sachsen-Anhalt und der Bundesverband rechnen nach
35 Bundesreisekostengesetz (BrkG) ab. Nach BrkG ist eine Abrechnung nach Beleg
36 nicht möglich. Dieser Hinweis fehlt in der Erstattungsordnung des
37 Landesverbandes.

38 **III.**

39 Die Erstattungsordnung wird unter Buchstabe **E) 3. Übernachtungsaufwendungen** um
40 einen **Satz 3** ergänzt:

41 *„Das Frühstück kann bis maximal 15 Euro geltend gemacht werden.“*

42 Zu den Gründen:

43 Die Erstattungsordnung des Bundesverbandes gibt eine maximale Erstattung in Höhe
44 von 15,00 Euro für das Frühstück vor. Der Landesverband sieht die Zumutbarkeit
45 von ebenfalls bis zu 15,00 Euro für ein – lediglich - Frühstück als gegeben an.
46 Nicht zu vergessen ist hier der „Verpflegungsmehraufwand“, der „on top“ auch

47 noch abgerechnet werden kann.

48 IV.

49 Die Erstattungsordnung wird unter Buchstabe **E) 3. Übernachtungsaufwendungen,**
50 **Absatz 2** aufgrund eines inhaltlichen Fehlers in der Formulierung geändert.
51 Dieser lautete bisher:

52 „Für Mahlzeiten in der Hotelrechnung werden Kürzungen in Höhe von 20 % der
53 vollen Verpflegungsmehraufwandspauschale für das Frühstück (also 4,80 Euro) bzw.
54 jeweils 40 % (entsprechend jeweils 9,60 Euro) für ein Mittag – oder Abendessen
55 vorgenommen.“

56 wie folgt neu gefasst:

57 *„Ist das Frühstück pauschal im Übernachtungspreis enthalten, wird die*
58 *Hotelrechnung um 4,80 Euro gekürzt. Für ein Mittag- bzw. Abendessen wird ein*
59 *Betrag in Höhe von je 9,60 Euro abgezogen.“*

60 Begründung:

61 Es handelt sich lediglich um einen Formfehler, der aber den Sinn der Klausel
62 entstellt.

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand (beschlossen am: 29.01.2019)

Titel: Antrag auf Änderung der Erstattungsordnung

Antragstext

1 Die Erstattungsordnung wird in Passus „B Erstattungen erfolgen nur auf Antrag“
2 um den Passus „und vorherig erfolgter schriftlicher oder mündlicher Genehmigung“
3 erweitert.

Begründung

Mit unserem Mitgliederzuwachs steigt auch die Teilnahme von Mitgliedern unseres Landesverbands an Bundesarbeitsgemeinschaften. Um die Abrechnung der Teilnehmekosten (Fahrkarten, Verpflegung, Hotel) für die Antragsteller*innen und unsere Finanzreferentin zu erleichtern, einen genauen Überblick über die Finanzen zu bewahren und Transparenz zu schaffen, soll im Vorfeld der*die Landesschatzmeister*in über die entstehenden Kosten informiert werden.

Auszug aus der Erstattungsordnung:

A) Erstattungsfähig sind Kosten, die Mitgliedern oder anderen beauftragten Personen entstehen bei der Wahrnehmung von:

- Ämtern, in die sie von einer Mitglieder- oder VertreterInnen-Versammlung oder einem anderen, satzungsgemäß dazu berechtigten Organ oder Gremium der Partei gewählt oder entsendet wurden, oder
- Mandaten, die ihnen von einer Mitglieder- oder VertreterInnen-Versammlung oder einem anderen,

satzungsgemäß berechtigten Organ oder Gremium der Partei erteilt wurden oder die sie kraft Amtes wahrnehmen, oder

- *Aufgaben, mit denen sie von einer Mitglieder- oder VertreterInnen-Versammlung, dem Vorstand oder einem anderen satzungsgemäß dazu berechtigten Organ oder Gremium der Partei betraut wurden.*

B) Erstattungen erfolgen nur auf Antrag

Für die Erstattung ist das vorgesehene Formular zu verwenden.